

Fragen

für die Fragestunde der 6. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. November 2009

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Alpers, Agnes (DIE LINKE.)	71, 75	Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 59
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1	Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	14, 15
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 46	Hoppe, Thilo (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 82
Bonde, Alexander (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 43	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	8, 9
Burkert, Martin (SPD)	47, 48	Dr. Jochimsen, Lukrezia (DIE LINKE.)	69, 70
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	10, 35	Kelber, Ulrich (SPD)	44, 45
Deligöz, Ekin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67, 68	Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	85, 86
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80, 81	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	16, 26	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	29, 30
Friedrich, Peter (SPD)	51, 52	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	2, 3	Krumwiede, Agnes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61	Kumpf, Ute (SPD)	39, 40
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	64, 65	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Golze, Diana (DIE LINKE.)	73, 79	Lange, Christian (Backnang) (SPD)	37, 38
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	87, 88	Lay, Caren (DIE LINKE.)	13, 20
Dr. Hein, Rosemarie (DIE LINKE.)	77, 78	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	18, 19
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	83, 84
Höger, Inge (DIE LINKE.)	33, 34	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Schäfer, Paul (Köln) (DIE LINKE.)	4, 5
Pronold, Florian (SPD)	49, 50	Schieder, Werner (Weiden) (SPD)	11
Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 74	Senger-Schäfer, Kathrin (DIE LINKE.)	72, 76
		Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	31, 36
		Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	27, 28

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	22

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie beurteilt die Bundesregierung die angekündigte und beabsichtigte Benennung von Erika Steinbach durch den Bund der Vertriebenen als Stiftungsratsmitglied für die unselbständige Stiftung „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im Hinblick auf ihr Abstimmungsverhalten zur deutsch-polnischen Staatsgrenze und die deutsch-polnischen Beziehungen, und wird sie (ggf. wann) Erika Steinbach vor dem Hintergrund der Beschlüsse des Bundes der Vertriebenen zum Stiftungsratsmitglied der unselbständigen Stiftung „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ bestellen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

2. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(DIE LINKE.)
Wird die Bundesregierung bei der gemeinsamen deutsch-israelischen Kabinettsitzung am Montag, dem 30. November 2009, die israelische Regierung nachhaltig zu einem Baustopp in den besetzten palästinensischen Gebieten auffordern?
3. Abgeordneter
**Wolfgang
Gehrcke**
(DIE LINKE.)
Wird die Bundesregierung den Umgang mit dem sog. Goldstone-Bericht über Menschenrechtsverletzungen im Gaza-Krieg zu einem Thema bei den deutsch-israelischen Regierungsgesprächen machen?
4. Abgeordneter
**Paul
Schäfer**
(Köln)
(DIE LINKE.)
Erwägt die Bundesregierung in Afghanistan auf regionaler Ebene eine direkte Zusammenarbeit mit den Provinzgouverneuren unter Einbeziehung von Vertretern der Taliban, und wenn ja, unter welchen Bedingungen?
5. Abgeordneter
**Paul
Schäfer**
(Köln)
(DIE LINKE.)
Wann sind nach Auffassung der Bundesregierung die Bedingungen erfüllt, um im Regionalkommando Nord die Verantwortung für die Sicherheit auf die afghanischen Streitkräfte bzw. Sicherheitsbehörden zu übertragen?

6. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sich für menschenwürdige Haftbedingungen und einen legalen Status der Häftlinge im Militärgefängnis Bagram (Afghanistan) und im neu eingerichteten Gefängnis Parwan (Afghanistan) einzusetzen, und hat die Bundesregierung vor, entsprechende Initiativen im UN-Menschenrechtsrat vorzubringen?
7. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC), dem High Commissioner for Human Rights und anderen internationalen Menschenrechtsorganisationen Zugang zu den Gefangenen in beiden Gefängnissen zu verschaffen?
8. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Bedeutung misst die Bundesregierung einer fairen und freien Parlamentswahl in Afghanistan im Sommer nächsten Jahres bei?
9. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die neu gefassten Begleitgesetze zum Vertrag von Lissabon lediglich das verfassungsrechtlich geforderte Minimum der Beteiligung des Deutschen Bundestages an Angelegenheiten der Europäischen Union umsetzen?
10. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche anderen Maßnahmen (z. B. Waffenlieferungen) zur Unterstützung der somalischen Übergangsregierung (TFG) plant die Bundesregierung im Sinne einer einseitigen Parteinahme im somalischen Bürgerkrieg?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

11. Abgeordneter
Werner Schieder
(Weiden)
(SPD)
- Unter welchen Bedingungen ist die Bundesregierung bereit, dem geplanten Abkommen über die Übermittlung von Finanztransferdaten des Dienstleisters SWIFT an die USA zum Zwecke der Terror-

*) Siehe hierzu auch Frage 35.

rismusfahndung zuzustimmen, und welche Bedeutung kommt dabei dem im Koalitionsvertrag formulierten Ratifizierungsvorbehalt zu?

12. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form wird sich die Bundesregierung nach den sich als schwierig erwiesenen Verhandlungen über das so genannte SWIFT-Abkommen zwischen der EU und den USA nun für eine – den innerhalb der EU geltenden datenschutzrechtlichen Standards gerecht werdenden – zukünftige Regelung einsetzen, um letztendlich zu verhindern, dass Bankdaten von Bürgerinnen und Bürgern der EU, z. B. durch Weitergabe an Dritte, missbraucht werden könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

13. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung Korrekturen an der nationalen Umsetzung der EU-Zahlungsdiensterichtlinie, um die in den neuen allgemeinen Geschäftsbedingungen vieler Banken verankerte verschuldungsunabhängige Haftung von bis zu 150 Euro Selbstbehalt bei Verlust oder Diebstahl der EC-Karte einzuschränken, und welche Ausnahmen beabsichtigt die Bundesregierung insbesondere im Falle von Raubopfern gesetzlich zu fixieren?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

14. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesfinanzhofs vom 18. Juni 2009 (VI R 14/07) zur steuerlichen Behandlung der Kosten des Erststudiums, und welche Konsequenzen und Umsetzung ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung aus dem Urteil?

*) Siehe hierzu auch Frage 20.

15. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung eine Neuregelung der steuerlichen Behandlung der Kosten des Erststudiums, und wenn ja, sieht diese eine einheitliche Behandlung der Kosten für ein Erststudium als Werbungskosten oder generelles Abzugsverbot vor?
16. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
- Welche Belastungen bringt die von der Bundesregierung nach der Klausurtagung in Meseberg angekündigte steuerliche Entlastung von 20 Mrd. Euro für 2010 und 2011 jeweils für die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen, und auf welche Weise will die Bundesregierung die steuerlichen Mindereinnahmen insbesondere für finanzschwache Länder sowie für die Kommunen kompensieren?
17. Abgeordneter
Alexander Bonde
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gilt die durch die Verordnung zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz festgelegte Begrenzung für Gehalts-, Bonus- und Dividendenzahlungen an Bankmitarbeiter in vom Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung durch Eigenkapital oder Risikoübernahmen gestützten Banken für die gesamte Dauer der Stabilisierungsmaßnahmen und für alle Mitarbeiter dieser Banken?
18. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzs
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung vom Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, die Gesellschaft müsse akzeptieren, dass der Staat in systemischen Banken Krisen der Aktionär der letzten Instanz bleibt, und wenn nein, was will die Bundesregierung unternehmen, damit die Banken nicht weiter die Krisenkosten auf die Bürger abladen können?
19. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzs
(DIE LINKE.)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um eine internationale Finanztransaktionssteuer einzuführen, und unter welchen Bedingungen ist die Bundesregierung bereit, die von der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, in ihrer Regierungserklärung angekündigte Börsenumsatzsteuer einzuführen?
20. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Wie schätzt die Bundesregierung gerade auch angesichts des aktuellen Massenaustauschs von Kreditkarten das Risiko für Verbraucherinnen und Verbraucher ein, Opfer von Datenmissbrauch zu werden, und welche entsprechenden Maßnahmen für den Verbraucherschutz plant die Bundesregierung, um ähnliche Vorgänge künftig zu verhindern?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 13.

21. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche weiteren Kriterien berücksichtigt die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) allgemein bei der Entscheidung über den Verkauf von Flächen, wenn öffentliche Interessen direkt berührt sind, wie beispielsweise am Griebnitzsee in Potsdam, wo die Stadt Potsdam nach Verhandlungen mit der BImA über alle zum Verkauf stehenden Uferflächen einen Preis von 2,6 Mio. Euro geboten hat, aber nach öffentlichem Bekanntwerden dieses Preises jetzt laut Zeitungsberichten ein höheres Kaufangebot eines privaten Bieters eingegangen ist, oder ist in jedem Fall mit dem Verkauf an den Meistbietenden zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

22. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Dr. Ralf Brauksiepe, auf der Plattform „Abgeordnetenwatch“, die Koalition der CDU/CSU und FDP hätte sich für die getrennte Trägerschaft im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) entscheiden müssen, weil die SPD eine Verfassungsänderung in diesem Bereich nicht mittragen würde, auch vor dem Hintergrund, dass die Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag am 18. März 2009 selbst erklärt hatte, eine Verfassungsänderung nicht mittragen zu wollen und dadurch einen ausgehandelten Kompromiss in Sachen Trägerschaft zum Scheitern brachte?
23. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung offen dafür, den Fortbestand der Jobcenter und der Optionskommunen zu sichern, wenn neben der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch die Fraktion der SPD ihre Bereitschaft erneuert, eine dafür notwendige Verfassungsänderung zu tragen, da die geplante getrennte Trägerschaft im SGB II nach Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Dr. Ralf Brauksiepe, wegen des zusätzlichen bürokratischen Aufwands nicht die bevorzugte Lösung sei?

24. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche neuen Anforderungen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung aus dem Artikel 6 (Frauen mit Behinderungen) der UN-Behindertenrechtskonvention für den „Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe“ nach § 66 SGB IX, und wie erklärt die Bundesregierung die – im Vergleich zum „Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe“ der 15. Wahlperiode – geringe und nicht durchgängige Berücksichtigung der Situation behinderter Frauen im aktuellen „Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe“ der 16. Wahlperiode?
25. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung darauf hinzuwirken, die Zahl der schwerbehinderten Erwerbstätigen als eine wesentliche Kennzahl durch die Bundesagentur für Arbeit statistisch erfassen zu lassen, um somit eine monatliche, geschlechtsspezifische Berichterstattung zu ermöglichen – die auch die Datenbasis zur beruflichen Lage behinderter Frauen im „Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe“ verbessern könnte –, und wie erklärt die Bundesregierung den Umstand, dass gewisse Themen wie die Elternassistenz oder das Projekt SELBST zum § 44 Absatz 1 Nummer 3 SGB IX in dem „Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe“ der 16. Wahlperiode nicht vorkommen?
26. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
- Hält die Bundesregierung mittelfristige jährliche Rentenerhöhungen von im Schnitt 1,6 Prozent, wie sie in dem bei der Klausur in Meseberg gebilligten Entwurf des Rentenversicherungsberichtes vorausberechnet werden, für ausreichend, um die realen Einkommensverluste der Rentnerinnen und Rentner mit den beiden erwarteten Nullrunden in den Jahren 2010 und 2011 auszugleichen, und ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der Rentnerinnen und Rentner auf alle Berechnungsfaktoren, die den Anstieg der gesetzlichen Rente dämpfen sollen, künftig zu verzichten?
27. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche rechtlichen Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus, dass das Unternehmen Schlecker versucht, mit der Zeitarbeitsfirma MENIAR einen mit der Gewerkschaft ver.di geschlossenen Tarifvertrag über Lohn- und Arbeitsbe-

dingungen im Unternehmen zu unterlaufen, und wie steht sie zu dem Vorwurf, dass es sich dabei um de facto eine „rechtsmissbräuchliche Strohmann-Konstruktion“ handelt, vor dem Hintergrund dass laut „WirtschaftsWoche“ vom 16. November 2009 der Geschäftsführer dieser Zeitarbeitsfirma jahrelang Toppersonalmanager bei Schlecker war und ein Büro am Konzernsitz unterhält?

28. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)

Befürwortet die Bundesregierung eine Vermittlungspraxis der Bundesagentur für Arbeit, wonach Arbeitslose unter Androhung von Sanktionen genötigt werden, Leiharbeitsplätze anzunehmen, obwohl diese dazu genutzt werden, bisher gültige Tarifverträge in einem Unternehmen zu unterlaufen, und werden damit wie im Fall Schlecker nicht sittenwidrige Löhne unterstützt angesichts der Tatsache, dass die von der Leiharbeitsfirma MENIAR gezahlten Löhne 40 Prozent unter dem Entgeltniveau liegen, das über Tarifverträge der Gewerkschaft ver.di im Einzelhandel vereinbart ist?

29. Abgeordnete
**Jutta
Krellmann**
(DIE LINKE.)

Ist der Bundesregierung das Urteil des Arbeitsgerichtes Berlin vom 1. April 2009 (AZ 35 BV 17008/08) bekannt, wonach die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) nicht tariffähig ist, und welche Rolle sollte nach Ansicht der Bundesregierung dieses Urteil für die Erlaubniserteilung nach § 1 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) durch die Bundesagentur für Arbeit spielen, wenn die Leiharbeitsfirma einen Tarifvertrag mit der CGZP geschlossen hat, wie etwa die Firma MENIAR, die als Zeitarbeitsfirma für umgewandelte Filialen der Firma Schlecker agiert?

30. Abgeordnete
**Jutta
Krellmann**
(DIE LINKE.)

Wie oft haben bisher die Bundesagentur für Arbeit bzw. ihre verschiedenen Regionaldirektionen eine Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung nach § 1 AÜG verweigert bzw. diese zurückgenommen und mit welchen Begründungen?

31. Abgeordneter
**Harald
Weinberg**
(DIE LINKE.)

Beabsichtigt die Bundesregierung eine gesetzliche Klarstellung, damit Bezieher von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II nicht von ihrem Regelsatz an Kosten für ihre verpflichtende Krankenversicherung im Basistarif beteiligt werden, insbesondere nachdem mehrere Gerichtsurteile die alte Rechtsauffassung

der Bundesregierung als unvereinbar mit dem verfassungsmäßig garantierten Existenzminimum erklärt haben (vgl. z. B. S31 AS 174/09 ER [Sozialgericht Gelsenkirchen] sowie S 1 SO 2677/09 und S 1 SO 3118/09 [Sozialgericht Karlsruhe]), und wenn ja, wann soll diese Klarstellung erfolgen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

32. Abgeordneter
Thilo Hoppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse des Welternährungsgipfels, der vom 16. bis zum 19. November 2009 in Rom stattfand, vor allem die in der Schlusserklärung geforderte Reform und Aufwertung des Komitees zur Ernährungssicherung (CFS)?*

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

33. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung vor über mögliche Formen der Kooperation der Bundeswehr mit der Rüstungsindustrie bei der zukünftigen Nutzung des Sprengplatzes im Spitalwald (Truppenübungsplatz Meßstetten/Heuberg), der zum größten und modernsten Sprengplatz in Europa ausgebaut werden soll?
34. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse über eine mögliche toxische Belastung des Grundwassers und von Trinkwasserquellen in der Region Meßstetten/Heuberg angesichts einer möglichen Leckage des Abdichtungssystems auf dem Sprengplatz und der dort zur Explosion gebrachten Munition, auch aus ehemaligen NVA-Beständen, liegen der Bundesregierung vor?

*) Siehe hierzu auch Frage 82.

35. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Militärberater aus Deutschland sind für die geplante EU-Militärausbildungsmission somalischer Soldaten in Ostafrika vorgesehen, und hält die Bundesregierung die Ausbildung von Soldaten zur Unterstützung des autoritären Regimes in Somalia für friedensfördernd?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

36. Abgeordneter
**Harald
Weinberg**
(DIE LINKE.)
- Ist es richtig, dass die 1,55 Mrd. Euro, die dem Gesundheitsfonds nach § 11 Absatz 5 des Haushaltsgesetzes 2009 als vorgezogener Bundeszuschuss gewährt wurden, bewirken, dass für die Monate Oktober bis Dezember 2009 dem Gesundheitsfonds nur noch 250 Mio. Euro statt der geplanten Zuweisungen in Höhe von 1,8 Mrd. Euro als Bundeszuschuss zur Verfügung stehen, und ist darüber hinaus richtig, dass dies voraussichtlich bis zum Ende dieses Jahres zu einer entsprechenden Erhöhung des benötigten Liquiditätsdarlehens (bislang nur 880 Mio. Euro laut FAZ vom 19. November 2009 im Artikel „Gesundheitsfonds braucht weniger Kredit“) führen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

37. Abgeordneter
**Christian
Lange**
(**Backnang**)
(SPD)
- Ab wann ist mit dem vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung angekündigten „Sonderprogramm West“, mit dem der aufgestaute Nachholbedarf in den alten Bundesländern abgebaut werden soll, zu rechnen, wie der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, in der Presse angekündigt hat?
38. Abgeordneter
**Christian
Lange**
(**Backnang**)
(SPD)
- Wird sich das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung an die Zusagen für Verkehrsprojekte des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der 16. Legislaturperiode halten?

*) Siehe hierzu auch Frage 10.

39. Abgeordnete
Ute Kumpf
(SPD)
- Wie gewährleistet die Bundesregierung, dass die Mittel für den vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ausgeschriebenen Modellversuch „Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme – Neue Mobilität in Städten“ zeitnah angewiesen werden, so dass die Konzepte in den acht ausgewählten Modellregionen umgesetzt werden können?
40. Abgeordnete
Ute Kumpf
(SPD)
- Welchen Zeitplan sieht die Bundesregierung zum Beispiel für das Stuttgarter Projekt „Call a Bike Pedelec“ vor?
41. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Sachstand bei der vom damaligen Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, vorgeschlagenen Einrichtung einer Pilotstrecke zur Fahrradmitnahme im ICE, und welche Vorschläge für mögliche Pilotstrecken hat die Bundesregierung der Deutschen Bahn AG unterbreitet?
42. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Initiativen unternimmt oder beabsichtigt die Bundesregierung gegenüber der Deutschen Bahn AG, um die Fahrradmitnahme im ICE zu ermöglichen, und wie bewertet sie die Fahrradmitnahme künftiger Konkurrenten der Deutschen Bahn AG im Hochgeschwindigkeitsverkehr in Deutschland?
43. Abgeordneter
Alexander Bonde
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem durch Sonderkontrollen bekannt gewordenen massiven Anteil sicherheitsrelevant beschädigter Güterzugwaggons auf deutschen Strecken, und welche Auswirkungen werden diese Erkenntnisse und die Bahnkatastrophe im italienischen Viareggio auf die Sicherheitsvorkehrungen bei neuen Güterbahnprojekten wie dem Ausbau der Rheintalbahn in Südbaden haben?
44. Abgeordneter
Ulrich Kelber
(SPD)
- Welche sofortigen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Untersuchungen des Eisenbahn-Bundesamtes, dass ein erheblicher Teil der Güterwaggons in Deutschland mit beschädigten Achsen

fährt, und welche Maßnahmen plant sie mittelfristig, um die Sicherheit von Güterwaggons zu gewährleisten?

45. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD)
- Mit welchen Mitteln will die Bundesregierung einer möglichen Gefährdung der Bevölkerung in schienennahen Wohngebieten durch defekte oder reparaturbedürftige Güterwaggons entgegenreten, und welche Maßnahmen hat sie dafür bereits ergriffen?
46. Abgeordnete
**Cornelia
Behm**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hält die Bundesregierung an den Plänen zum Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nummer 17 fest, angesichts der Tatsache, dass die Ausbaupläne für den Teltowkanal bereits ad acta gelegt wurden, zum planfestgestellten Ausbau des Sacrow-Paretzer-Kanals eine Klage anhängig ist und es eine parteiübergreifende Ablehnung der Ausbaupläne durch alle regionalen Abgeordneten in Bundestag und Landtag zum Ausbau der Kleinmachnower Schleuse auf 190 Meter Länge gibt, und inwieweit wäre die Bundesregierung bereit, auf alternative Planungsansätze wie beispielsweise eine qualifizierte Ertüchtigung der Nordkammer der Kleinmachnower Schleuse auf 115 Metern Länge einzugehen?
47. Abgeordneter
**Martin
Burkert**
(SPD)
- Bleibt es bei der Zusammensetzung der Monitoringgruppe zum Donauausbau, wie in der vergangenen Legislatur unter der Großen Koalition, und wenn ja, wie sieht die personelle Besetzung der Lenkungsgruppe aus?
48. Abgeordneter
**Martin
Burkert**
(SPD)
- Wann wird sich die Monitoringgruppe konstituieren, und gibt es schon Termine für die Sitzungen?
49. Abgeordneter
**Florian
Pronold**
(SPD)
- Ist es richtig, dass sich der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, mit der Aussage, er halte „unter Abwägung aller Gesichtspunkte die Variante C-280 für die erstrebenswerteste Variante“ des Ausbaus der Donau zwischen Straubing und Vilshofen (Interview erschienen am 4. November 2009 in idowa.de mediendienste) bereits auf eine Ausbauplanung festgelegt hat, und wie sollen vor diesem Hintergrund die

ausstehenden „zusätzlichen Untersuchungen“ für immerhin 33 Mio. Euro ergebnisoffen stattfinden können?

50. Abgeordneter
**Florian
Pronold**
(SPD)
- Ist es nach dem geltenden EU-Beihilferecht möglich, eine Pkw-Maut in Deutschland durch die Absenkung der Kfz-Steuer und/oder der Mineralölsteuer vollständig aufkommensneutral auszugestalten, oder gelten hier dieselben beihilferechtlichen Schranken wie bei der Lkw-Maut?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

51. Abgeordneter
**Peter
Friedrich**
(SPD)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über den Vorfall im August 2009 im schweizerischen Atomkraftwerk Beznau vor, und auf welcher rechtlichen Grundlage ist die Weitergabe dieser Informationen von den schweizerischen an die deutschen Behörden erfolgt?
52. Abgeordneter
**Peter
Friedrich**
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Vorfall im Atomkraftwerk Beznau im August 2009?
53. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der ehemalige Vorsitzende der Vattenfall AG, Lars Josefsson, aktuell noch Klimaberater der Bundeskanzlerin, und falls ja, wie lange beabsichtigt die Bundeskanzlerin an Lars Josefsson als Klimaberater festzuhalten?
54. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Rolle spielt aus Sicht der Bundesregierung das Erneuerbare-Energien-Gesetz für den Klimaschutz sowie für die Technologieentwicklung der erneuerbaren Energien?

55. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Onlineinformationen – insbesondere welche Downloadangebote wie Broschüren, Publikationen etc. – wurden seit Anfang Oktober 2009 aus dem Themenbereich Atomenergie/Strahlenschutz der Homepage des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) vorübergehend entfernt (abgesehen von solchen aus dem Unterbereich „Parlamentarische Vorgänge“ bitte vollständige Angabe aller Titel)?
56. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau wurde die Entfernung welcher Informationen aus dem Themenbereich Atomenergie/Strahlenschutz der BMU-Homepage veranlasst bzw. angeordnet, die seit Anfang Oktober 2009 entfernt wurden?
57. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dass die vorübergehende Löschung auch Bildungsmaterialien betrifft, die die UNESCO als offizielle Maßnahme der UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet hat?
58. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, atomkritische Texte aus seinem Internetangebot oder dem Internetangebot nachgeordneter Behörden zu entfernen?
59. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Worin bestand das Interesse des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit an der im Oktober 2009 erfolgten Löschung von atomkritischen Publikationen, Texten und Broschüren, die in der 16. Legislaturperiode in das Internetangebot des Bundesministeriums eingestellt waren, und warum wurde die Löschung veranlasst?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

60. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen strukturellen Maßnahmen und finanziellen Hilfen für Hochschulen und Länder wird die Bundesregierung das im Koalitionsvertrag genannte „Bologna-Qualitäts- und Mobilitätspaket“ ausstatten?
61. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung, dass im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP auf Zielzahlen für angestrebte Studierenden- und Absolventinnenquoten gänzlich verzichtet wird, und wie beurteilt sie das Fehlen dieser Angaben angesichts der Wirtschaftskrise, des fortdauernden Fachkräfte- und Akademikermangels und des internationalen Wettbewerbs?
62. Abgeordnete
**Agnes
Krumwiede**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Quoten bei Studienanfängerinnen/Studienanfängern und Absolventinnen/Absolventen hält die Bundesregierung für nötig, um den Fachkräftebedarf zu decken und eine Akademikerquote zu erhalten, mit der ausscheidende Akademikerinnen/Akademiker ersetzt werden können?
63. Abgeordnete
**Agnes
Krumwiede**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie untersucht die Bundesregierung im Rahmen der Bundeskompetenz für die Bildungsforschung die Auswirkungen von Studiengebühren insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Bundesverfassungsgericht bei seinem Studiengebührenurteil 2005 klargemacht hat, dass infolge der Einführung von Studiengebühren durchaus sozial- und bildungspolitische Entwicklungen vorstellbar seien, die ein Eingreifen des Bundes erforderlich machen?
64. Abgeordnete
**Nicole
Gohlke**
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Schritte haben Bund und Länder seit dem Bildungstreik am 17. Juni 2009 in die Wege geleitet, um den Forderungen des bundesweiten Bildungstreikbündnisses nachzukommen (vgl. www.bildungstreik.net)?

65. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung ihre Regelungskompetenz im Bereich der Hochschulzulassung in dieser Legislaturperiode wahrnehmen und ein bundesweit einheitliches Hochschulzulassungsgesetz einführen (bitte begründen)?
66. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche „verabredeten Hochschulreformen“ müssen nach Auffassung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, die Länder schnell umsetzen (SWR2-Tagesgespräch vom 12. November 2009), und welche tatkräftigen eigenen Schritte wird die Bundesregierung unternehmen?
67. Abgeordnete
Ekin Deligöz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für wann plant die Bundesregierung ein Treffen mit Aktiven des Bildungsstreikes?
68. Abgeordnete
Ekin Deligöz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass zwischen 2003 und 2008 die Zahl derjenigen mit Hochschulreife um fast 20 Prozent gestiegen ist, die Zahl der Studienanfänger im gleichen Zeitraum aber nur um 2,4 Prozent (Quelle: dpa-Meldung vom 22. September 2009 „Trotz Studentenrekords: Unlust am Studium wächst“), und wie viele Studienplätze wird der Bund zusätzlich in der 17. Wahlperiode mitfinanzieren?
69. Abgeordnete
Dr. Lukrezia Jochimsen
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig, um die durch die Protestierenden angesprochenen Probleme im Bildungssystem zu lösen?
70. Abgeordnete
Dr. Lukrezia Jochimsen
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung als Konsequenz aus dem Bildungsstreik in dieser Legislaturperiode ergreifen?

71. Abgeordnete
**Agnes
Alpers**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Studienplätze konnten durch die Studienplatzbörse an die nach Medienberichten rund 460 000 interessierten jungen Menschen vermittelt werden, und wie viele Studienplätze blieben trotz der Studienplatzbörse unbesetzt (bitte nach Fachrichtungen und Anteilen aufschlüsseln)?
72. Abgeordnete
**Kathrin
Senger-Schäfer**
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung, den Masterabschluss als Regelabschluss im Rahmen ihrer Regelungskompetenz für die Hochschulabschlüsse zu verankern (bitte begründen)?
73. Abgeordnete
**Diana
Golze**
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Studie über den Berufseinstieg von Bachelorabsolventinnen und -absolventen insgesamt und insbesondere aus dem Resultat, dass sie ein deutlich geringeres durchschnittliches Einstiegsgehalt im Vergleich zu Absolventinnen und Absolventen von Master- und Diplomstudiengängen erhalten (durchschnittlich 500 Euro monatlich weniger)?
74. Abgeordnete
**Tabea
Rößner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchem Zeitpunkt plant die Bundesregierung ggf. eine Erhöhung der Förderbeiträge beim BAföG, und welche konkreten Schritte zur Weiterentwicklung der staatlichen Studienfinanzierung (jenseits des angekündigten Stipendiensystems von Bund, Ländern und Wirtschaft) sollen bis zum Ende der Legislaturperiode greifen?
75. Abgeordnete
**Agnes
Alpers**
(DIE LINKE.)
- Wann wird die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, den Ländern und dem Kabinett eine Erhöhung des BAföG vorschlagen?
76. Abgeordnete
**Kathrin
Senger-Schäfer**
(DIE LINKE.)
- Bestehen innerhalb der Bundesregierung Pläne oder Überlegungen, die Studienfinanzierung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz auf ein Volldarlehen umzustellen, und falls ja, mit welcher Begründung?

77. Abgeordnete
Dr. Rosemarie Hein
(DIE LINKE.)
- Um wie viel Prozent müsste nach Ansicht der Bundesregierung bzw. der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erhöht werden, und ist auch eine Erhöhung der Freibeträge angedacht (bitte begründen)?
78. Abgeordnete
Dr. Rosemarie Hein
(DIE LINKE.)
- Wie viel Geld muss nach Rechnung der Bundesregierung zusätzlich aufgebracht werden, um den Beschluss des Bildungsgipfels von 2008 zu erreichen, die Aufwendungen im Bildungsbereich bis 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, und wie sollen sich die zusätzlichen Mittel auf Bund, Länder, Kommunen und Privathaushalte verteilen?
79. Abgeordnete
Diana Golze
(DIE LINKE.)
- Nach welchen Kriterien und durch wen sollen nach den Plänen der Bundesregierung die besten 10 Prozent der Studierenden für das nationale Stipendienprogramm ausgewählt werden (bundes- oder landesweiter Notendurchschnitt, orientiert am Notendurchschnitt an der Hochschule oder im Fachbereich, Rolle des sozialen, ehrenamtlichen oder politischen Engagements etc.)?
80. Abgeordnete
Katja Dörner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit hält die Bundesregierung nach Auslaufen des Ganztagschulprogramms einen weiteren Ausbau von Ganztagschulen in den Ländern für notwendig, und welche Initiativen plant sie, um die verfassungsrechtliche Grundlage für eine Beteiligung des Bundes beim Ganztagschulausbau zu schaffen?
81. Abgeordnete
Katja Dörner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit teilt und unterstützt die Bundesministerin für Bildung und Forschung die Initiativen verschiedener Bundesländer – zuletzt von Bremen, Hamburg, dem Saarland – die Weichen in Richtung längeres gemeinsames Lernen zu stellen und damit Schritte zu einer Überwindung des selektiven mehrgliedrigen Schulsystems, das Kinder bereits im Alter von 10 Jahren auf unterschiedlichste Schulformen sortiert, einzuleiten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

82. Abgeordneter
Thilo Hoppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Summe plant die Bundesregierung ab dem Haushaltsjahr 2010 für die Förderung der Ernährungssicherung in Entwicklungsländern bereitzustellen, und über welche Institutionen sollen die Mittel verausgabt werden?*)
83. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Wie schätzen die Bundesregierung und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, im Besonderen die Priorität der Hungerbekämpfung für die neue Legislaturperiode ein, da er eine Teilnahme am Welternährungsgipfel für unnötig erachtet hat und die deutsche Regierungsdelegation sich nur zu einem weiteren Bekenntnis bereits getroffener und schon gescheiterter unverbindlicher Aussagen, wie der Halbierung der Zahl der Hungernden bis 2015, durchringen konnte?
84. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Wie wollen die Bundesregierung und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, im Besonderen die Entwicklung ländlicher Regionen in Entwicklungsländern, welche er zu einem Schwerpunkt seiner Politik erklärt hat, erreichen, wenn jetzt schon das Versprechen, die ODA-Quote bis 2010 auf 0,51 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, gebrochen wird und die FDP sich von jeher gegen alternative Finanzierungsinstrumente ausgesprochen hat?
85. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Weise will die Bundesregierung das von ihr in einer Pressemitteilung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 17. November 2009 erwähnte Ziel erreichen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis 2015 für die Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, nachdem der zuständige Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung das bislang zugesagte Zwischenziel für 2010, 0,51 Prozent zu verwenden, aufgegeben hat (epd, 18. November 2009)?

*) Siehe hierzu auch Frage 32.

86. Abgeordnete
Ute Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsultationen mit den chinesischen Partnern gingen der Ankündigung, die Entwicklungszusammenarbeit mit China zu beenden, voraus, und welche Überlegungen bestehen bezogen auf die Ankündigung sogenannter Dreieckspartnerschaften?
87. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung erläutern, welche gegenüber früheren Bundesregierungen veränderte Einschätzung der Lage in Kolumbien und der bisherigen deutsch-kolumbianischen Zusammenarbeit der vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, im Interview mit dem epd am 18. November 2009 getätigten Aussage zugrunde liegt: „Auch mit Kolumbien sollten wir ideologiefreier umgehen. Dort hat sich in den letzten Jahren einiges getan.“?
88. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Berücksichtigung werden bei der konkreten Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit Kolumbien durch die neue Bundesregierung Berichte von Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten über schwere Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land und über die Verstrickung des Regierungsapparats mit rechten paramilitärischen Verbänden und mit dem organisierten Drogenhandel finden?

